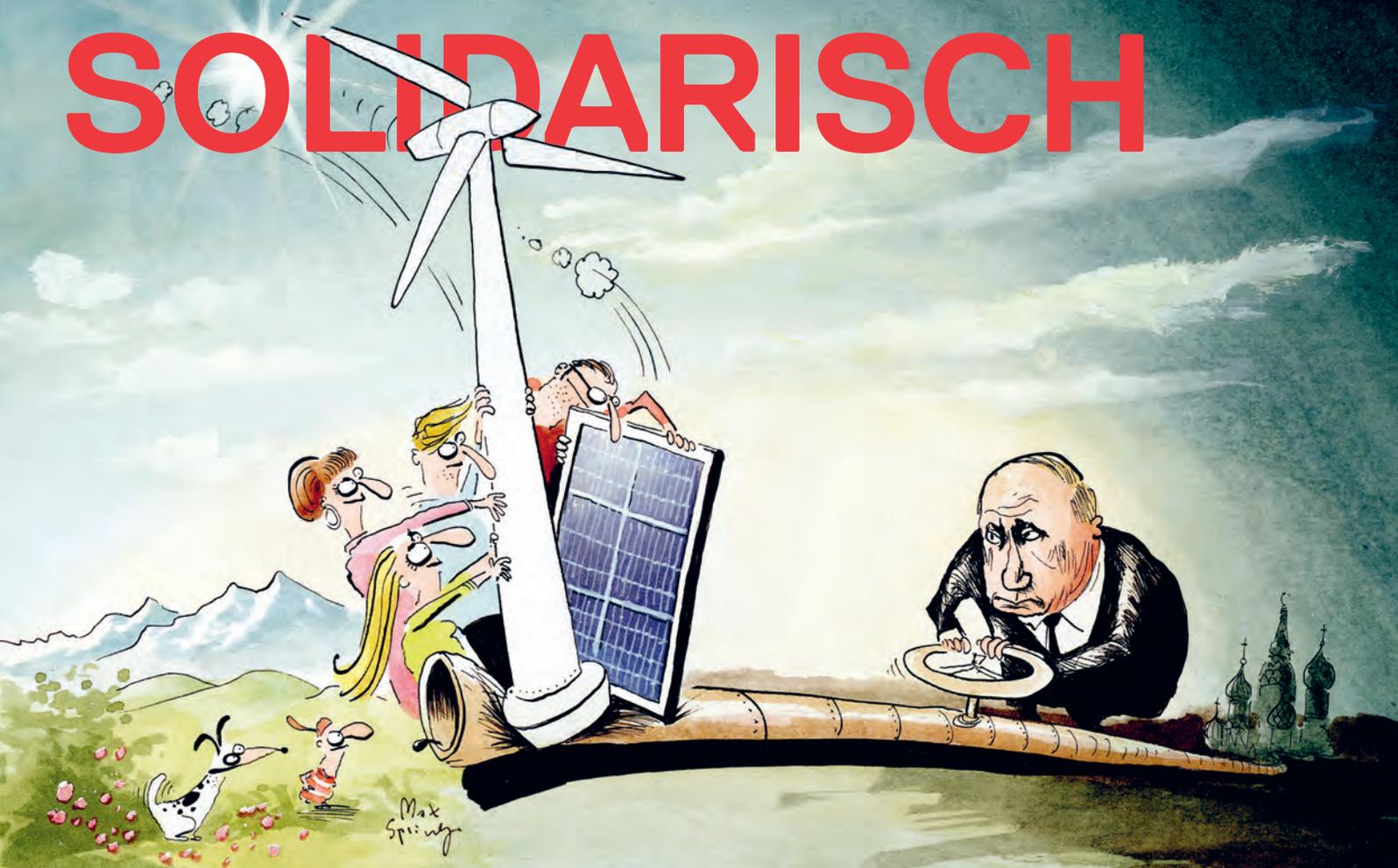


SOLIDARISCH



WIR KAUFEN URAN, GAS UND ÖL AUS RUSSLAND UND FINANZIEREN SO DEN KRIEG GEGEN DIE UKRAINE MIT. Nur mit einem ehrgeizigen Ausbau der erneuerbaren Energien können wir uns aus den Fängen von Putin befreien und gleichzeitig unsere Klimaziele erfüllen.

Mit Solar- energie aus der russischen Rohstoff-Falle



Gabriela Suter,
Nationalrätin AG

Wie versorgt sich die Schweiz in Zukunft eigenständig und unabhängig mit erneuerbarer Energie? Diese Frage hat an Dringlichkeit gewonnen. Der Krieg in der Ukraine zeigt uns nicht nur, wie fragil der Frieden ist, sondern führt uns auch unsere Abhängigkeit im Energiebereich deutlich vor Augen. Etwa bei der Stromversorgung: Die beiden AKW Bznau werden vollständig mit russischem Uran betrieben, das AKW Leibstadt zur Hälfte. Auch bei der Gasversorgung sind wir abhängig von Russland: Die 340 000 Schweizer Gasheizungen werden fast zur Hälfte mit russischem Gas befeuert. Aus russischem Öl wird in Europa Benzin, Diesel und Heizöl hergestellt und auch in die Schweiz geliefert. Mit all diesen Importen finanzieren wir das russische Regime und damit den grauenhaften Krieg in der Ukraine indirekt mit. Der Boykott von russischem Öl und Gas erhöht den Druck auf Putin, den Krieg endlich zu beenden. Ein Ausweichen

auf Importe aus anderen Staaten ist zwar kurzfristig alternativlos, stellt aber keine nachhaltige Lösung dar. Denn auch die meisten anderen Länder, die fossile Energien liefern, werden autokratisch regiert. Gegen zehn Milliarden Franken fliessen für Öl, Gas und Uran jährlich ins Ausland. Dieses Geld sollten wir besser in den Ausbau der inländischen erneuerbaren Energien stecken. So stärken wir unsere Volkswirtschaft und Versorgungssicherheit und unterstützen den Kampf gegen die Klimakrise.

Der Stromverbrauch wird massiv steigen

Der Ausstieg geht am einfachsten, schnellsten und kostengünstigsten mit einem massiven Ausbau der Solarenergie. Das Bundesamt für Energie hat ausgerechnet: Allein auf den bestehenden Dächern und Fassaden stehen genügend geeignete Flächen zur Verfügung, um 67 TWh Strom jährlich zu produzieren – das ist mehr, als die

Schweiz heute verbraucht (60 TWh/Jahr). Aktuell werden aber erst fünf Prozent dieses Potenzials genutzt.

In der erneuerbaren Zukunft ist Solarenergie neben der Wasserkraft die zweite Säule der Energieversorgung. Das Ziel ist es, bis 2035 etwa 30 TWh und bis 2050 mindestens 45 TWh Solarstrom zu produzieren. Aufgrund der weitgehenden Elektrifizierung der Gebäudeheizungen und des Verkehrs werden wir in Zukunft etwa einen Drittel mehr Strom brauchen als bisher – trotz Massnahmen für Energieeffizienz und Stromsparen. Ab 2050 werden wir die Hälfte der Stromversorgung mit Solarenergie abdecken.

Den restlichen Strom werden wir mit Wasserkraft, Wind und Biomasse herstellen. Solar- und Wasserkraft ergänzen sich perfekt: mit überschüssigem Solarstrom können die Speicherseen vollgepumpt werden für spätere Stromerzeugung. Zudem lässt sich aus Solarenergie grüner Wasserstoff für den Wintereinsatz herstellen. Zur kurzfristigen Speicherung stehen Batterien, etwa von Elektroautos, zur Verfügung.

Jetzt ambitioniert ausbauen!

Die Energiestrategie des Bundes und die dazugehörigen Energieperspektiven zeigen klar auf, wie wir gleichzeitig das Netto-null-Ziel und den Ausstieg aus der

Atomenergie erreichen können. Die Pläne des Bundes sind allerdings aus unserer Sicht zu wenig ehrgeizig und rechnen mit grossen Stromimporten im Winter. Mit dem Abbruch der Verhandlungen zum Rahmenabkommen ist auch das Stromabkommen in weite Ferne gerückt. Deshalb heisst es umso mehr: Ausbauen! Neben Dächern und Fassaden eignen sich auch Lärmschutzwände, Autobahnen und Parkplatzüberdachungen zur Produktion von Solarstrom. Zur Deckung der Winterlücke und um möglichen Stromengpässen vorzubeugen, braucht es auch alpine Solaranlagen. Diese liefern im Winter sogar mehr Ertrag als im Sommer. Auch Agri-Photovol-

taik – Solaranlagen, die gleichzeitig landwirtschaftliche Kulturen schützen – hat grosses Potenzial.

Die Energiewende ist der Schlüssel zu mehr Versorgungssicherheit und Unabhängigkeit. Das lohnt sich dreifach: Wir werden unabhängiger vom Ausland, gleichzeitig werden wir klimaneutral und stärken mit inländischen Investitionen und neuen Arbeitsplätzen unsere Volkswirtschaft. Je schneller wir zubauen, desto unabhängiger werden wir. Lösen wir deshalb die Bremsen! Damit befreien wir uns von der Abhängigkeit von klimaschädlichen fossilen Energien, die zudem häufig aus autokratischen Ländern kommen.

Nazi-Symbole müssen verboten werden

HITLERGRUSS UND GELBE STERNE, HAKENKREUZE UND FASCHISTISCHE PAROLEN: In den letzten Jahren sind Nazi-Symbole im öffentlichen Raum vermehrt sichtbar geworden. Inzwischen sind wir so weit, dass bei einer Demo von Corona-Skeptiker:innen zuvorderst ein Block von Neonazis marschieren konnte – und niemand sie daran hinderte. Angelo Barrile, Nationalrat, und Gabriela Suter, Nationalrätin

Im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Ländern ist die Verwendung von Hakenkreuz und Hitlergruss in der Schweiz nicht per se verboten. Es macht sich nur strafbar, wer mit solchen Symbolen aktiv für seine Ideologie Propaganda macht. Konkret heisst das, dass sich Neonazis unbehelligt an Bahnhöfen mit dem Hitlergruss begrüßen, auf der Strasse das Hakenkreuz zeigen oder an Kundgebungen Naziflaggen schwenken können. Solange sie niemanden aktiv anwerben oder Flyer verteilen, ist dies gemäss aktueller Gesetzgebung erlaubt. Das hat das Bundesgericht 2013 in einem wegweisenden Urteil bestätigt. Was für eine haarsträubende Spitzfindigkeit!

Für uns ist klar: Wenn ein Nazi-Symbol für alle sichtbar ist, wird damit direkt und offensichtlich für eine rassistische und gewaltverherrlichende Ideologie

Werbung gemacht. Versetzen Sie sich in die Lage von Nachkommen von Holocaustopfern, in die Lage von queeren Personen, Menschen mit Behinderungen, Sinti und Roma. Die Neonazis, die sich mit Hitlergruss begrüßen, schreien damit wortlos in die Welt hinaus, dass gewisse Menschen keine Daseinsberechtigung haben. Dem dürfen wir nicht länger tatenlos zuschauen. Denn wer schweigt, toleriert solches Verhalten und macht sich mitschuldig. Nationalsozialismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Druck von Zivilbevölkerung und Politik muss steigen

Darum haben wir beide in der Wintersession 2021 zwei parlamentarische Initiativen eingereicht, um die öffentliche Verwendung von Nazi-Symbolen unter Strafe zu stellen. Wir sind über-

zeugt, dass das Anliegen im Parlament eine Mehrheit finden wird. Denn aus allen Fraktionen haben uns Mitunterzeichnende unterstützt. Auch die Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus sowie der Schweizerische Israelitische Gemeindebund haben sich deutlich für ein Verbot von Nazi-Symbolen ausgesprochen. Unsere beiden Vorstösse müssen noch in diesem Jahr von der Rechtskommission des Nationalrats behandelt werden.

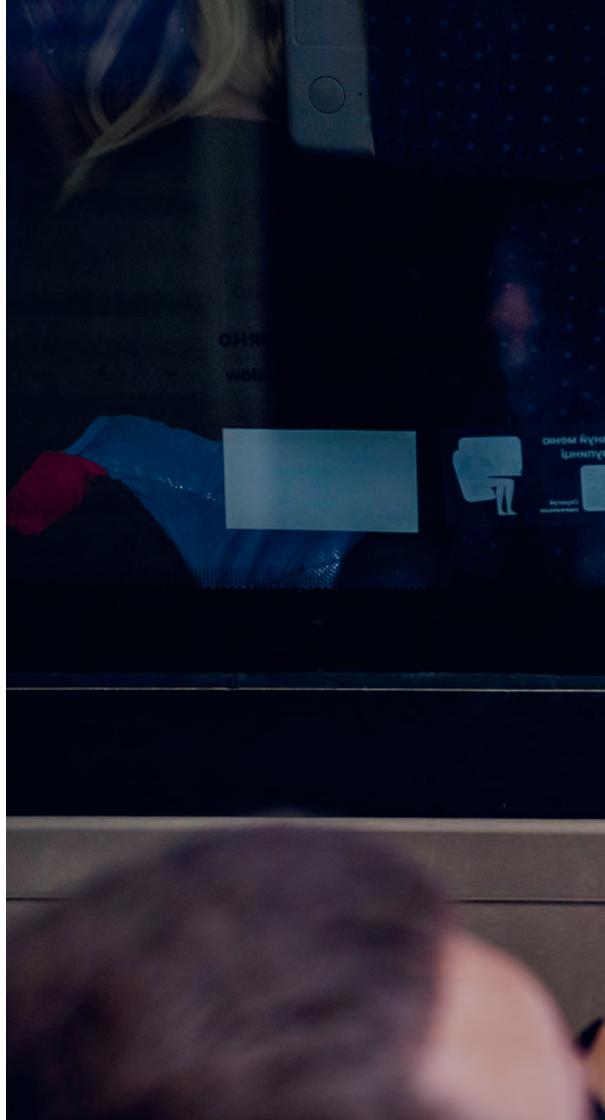
Zivilcourage braucht das Land

Lange wollte der Bundesrat den Ernst der Lage nicht erkennen. Eine frühere Motion von Angelo Barrile aus dem 2019 musste abgeschrieben werden, weil sie während zwei Jahren nicht behandelt worden war. Erst auf massiven Druck der Öffentlichkeit liess der Bundesrat kürzlich verlauten, das Justizdepartement «prüfe» ein

Verbot von Nazisymbolen. Vorgängig hatte der Bundesrat eine ähnliche Motion einer Mitte-Nationalrätin abgelehnt.

Selbstverständlich reicht es nicht, die Verwendung von rassistischen Symbolen zu verbieten. Es braucht zusätzlich Aufklärungsarbeit. Ein griffiges Gesetz zum Verbot von Nazi-Symbolen wäre ein wichtiger Schritt und ein klares Zeichen, dass wir Propaganda für Hass und Nazi-Ideologien in unserem Land in keiner Form und Ausprägung tolerieren.

Gleichzeitig muss auch die Zivilgesellschaft handeln. Wir müssen zusammenhalten, offen über die Probleme des Rechtsextremismus sprechen und faschistische Ideologien verurteilen. Dafür braucht es in allen Altersklassen und gesellschaftlichen Schichten Information und Sensibilisierung. Je mehr Menschen sich wehren, einschreiten und gegenüber Rassist:innen Klartext sprechen, desto effektiver können wir faschistischen Bedrohungen entgegenreten.



Zur Person

Der 57-jährige Laurent Goetschel ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Basel und Direktor der Schweizerischen Friedensstiftung (swisspeace). Diese untersucht die Ursachen von Gewaltkonflikten und entwickelt Strategien, um diese beizulegen oder die Konflikte gar nicht erst eskalieren zu lassen. Goetschel leitete unter anderem das Nationale Forschungsprogramm «Schweizer Aussenpolitik», war Lehrbeauftragter am Institut für Politikwissenschaft der Uni Bern und persönlicher Mitarbeiter von alt Bundesrätin Micheline Calmy-Rey.

«Der Frieden hat versa

«NIE WIEDER KRIEG!» Mit dieser Haltung setzen sich viele Genoss:innen seit Jahrzehnten für Abrüstung und Frieden ein. Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine wird nun überall auf der Welt massiv aufgerüstet. Auch in der Schweiz ertönt der Ruf nach höheren Militärausgaben. Ist das die richtige Antwort auf den Krieg? Und wie können Menschen nach Kriegsverbrechen wie in Butscha wieder zusammenleben? Der Basler Friedensforscher Laurent Goetschel zeigt mögliche Ansätze auf. Interview: Pia Wildberger

Herr Goetschel, lässt sich mit Waffen Frieden schaffen?

Laurent Goetschel: In der Ukraine hat nicht die Sicherheit versagt, sondern der Frieden. Die Nato-Abschreckung funktioniert. Die Idee jedoch, dass allein die wirtschaftliche Verknüpfung den Frieden fördere, ist in Bezug auf Russland widerlegt und stimmt vermutlich auch für China nicht. Wir müssen uns überlegen, wie wir der Demokratie mehr Schub verleihen können, wenn wir von den Wirtschaftspartnern gleichzeitig in einem gewissen Masse abhängig sind. Die Armee hat damit nichts zu tun.

Mit einer Blume in der Hand lässt sich Putin jedoch nicht aufhalten. Braucht es doch Waffen für den Frieden?

Das ist eine Frage, die am Schluss jede:r für sich entscheiden muss. Ich finde es legitim, dass die Ukrainer:innen Waffen zu ihrer Verteidigung erhalten. Allerdings ist Europa auf vielfältige Art in den Konflikt involviert. Den einen liefern wir Waffen, von den anderen beziehen wir Rohstoffe.

Muss die Schweiz auch aufrüsten?

Der Krieg in der Ukraine ist kein Problem der Sicherheitspolitik. Die Nato verfügt über deutlich mehr Waffen als Russland. Al-

leine die USA tätigen 40 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben. Der Westen hat kein Abschreckungsproblem. Der Westen hat ein politisches Problem, weil er in der Ukraine- und letztlich in der Russland-Frage versagt hat. Ein zusätzlicher F-35 für die Schweiz spielt vor diesem Hintergrund keine Rolle.

Wie können die Kriegsparteien angesichts der Kriegsverbrechen in Butscha oder Mariupol je zu Frieden finden?

Früher oder später streben alle Kriegsparteien eine Form von Frieden an. Je mehr persönliche Leidensgeschichten bestehen, desto

schwieriger wird allerdings der Aufbau des Friedens. Das haben uns in Europa zuletzt die Balkankriege gelehrt. In diesem Zusammenhang ist die Aufarbeitung der Vergangenheit sehr wichtig. Es stellen sich Fragen zum Umgang mit Opfern und Tätern – wer ist Opfer, wer Täter, und wer beides? Es müssen Prozesse in Gang gesetzt werden, die ein weiteres Zusammenleben der Gruppen ermöglichen.

Was bedeutet das konkret?

Einerseits ist da die juristische Aufarbeitung. Diese setzt die Beteiligung der Regierungen oder internationaler Institutionen voraus. Andererseits ist wichtig, dass die Menschen ihre Geschichten erzählen und anderen berichten können, was geschehen ist. Sie müssen einander zuhören. Dabei geht es nicht notwendigerweise um das gegenseitige Verzeihen.



gt»

Es geht auch nicht nur um kurze, symbolische Momente. Die Menschen müssen dafür sensibilisiert werden, was die anderen wahrgenommen haben. Auch sollten Szenarien für die gemeinsame Zukunft entwickelt werden. Exemplarisch dafür waren die Verfahren, die in Südafrika nach dem Ende der Apartheid in Gang gesetzt wurden.

Was kann die Schweiz tun?

Wir sollten unsere friedenspolitischen Leistungen verstärken und dafür mehr finanzielle Mittel bereitstellen. Für ihre Kompetenzen in diesem Bereich wird die Schweiz weltweit geachtet. Das Engagement für Frieden braucht jedoch Zeit, und der Erfolg lässt sich nicht immer an Zielvorgaben messen. Zum Friedensengagement zählen neben den Guten Diensten beispielsweise auch gegenseitige Aufarbeitungsprozesse

nach Beendigung eines Konflikts, wie ich sie geschildert habe. Auch Austauschprogramme in Bildung und Forschung oder Expertise in den Bereichen Korruptionsbekämpfung oder Demokratiebildung tragen zur Friedensförderung bei. Damit lässt sich mehr erreichen als mit zusätzlichen Kampffjets am Schweizer Himmel.

«Wir sollten unsere friedenspolitischen Leistungen verstärken.»

Information aus erster Hand

Mit dem Magazin «Solidarisch» hält die SP Schweiz ihre Gönnerinnen und Gönner über aktuelle politische und gesellschaftliche Entwicklungen auf dem Laufenden. Unsere Mitglieder aus National- und Ständerat, kantonalen Regierungen und Parlamenten oder parteiinternen Organen berichten im «Solidarisch» über ihre Fachgebiete und geben so Einblick in die Arbeit der SP.

Unser Einsatz für die sozialdemokratischen Ziele kann dank Ihrer Unterstützung fortgesetzt und verstärkt werden. Wenn Sie «Solidarisch» (oder die französische Ausgabe «Solidaires») ohne Verpflichtung regelmässig erhalten möchten, senden Sie bitte Ihre Postanschrift an solidarisch@spschweiz.ch.

Mit bestem Dank, Ihre SP Schweiz

IMPRESSUM SOLIDARISCH – Das Spendenmagazin der SP Schweiz erscheint viermal im Jahr auf Deutsch und Französisch. Das Jahresabonnement ist für Gönnerinnen und Gönner im Spendenbetrag ab 5 Franken enthalten. Spenden: PC 30-520786-8, SP Schweiz, 3001 Bern. Herausgeberin: Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Theaterplatz 4, 3011 Bern, Tel. 031 329 69 69, solidarisch@spschweiz.ch. Redaktion: Pia Wildberger, Gestaltung: Atelier Bläuer, Bern. Auflage: 31 000 deutsch, 9000 französisch. Total: 40 000. Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.



Keine Sonderrechte für Oligarchen, Grossanleger und Konzerne

WIRD DIE VERRECHNUNGSSTEUER AUF OBLIGATIONEN TATSÄCHLICH ABGESCHAFFT, erhalten einige wenige Grosskonzerne neue Sonderrechte und werden bei der Geldaufnahme am Kapitalmarkt begünstigt. Gleichzeitig fördert die Abschaffung der Verrechnungssteuer die Steuerkriminalität und führt zu Steuerausfällen von bis zu 800 Millionen Franken pro Jahr. Der Bund schätzt, dass davon mindestens 480 Millionen ins Ausland abfliessen dürften. Die Rechnung bezahlen einmal mehr – wir alle. Das wollen wir im September an der Urne verhindern.



Samira Marti,
Nationalrätin BL

Die Bürgerlichen zeigen wenig Respekt, wenn es um Volkssentscheide geht: Im Februar dieses Jahres sprach sich bei der Stempelsteuer-Abstimmung eine deutliche Mehrheit gegen neue

Sonderrechte für Grosskonzerne aus. Nun kommt bereits im September wieder eine ähnliche Vorlage an die Urne. Gerade einmal 200 Konzerne sollen bei der Kapitalbeschaffung privilegiert werden, während KMUs leer ausgehen. Diese finanzieren sich nämlich nicht über die teure Ausgabe von Obligationen.

Steuerkriminalität wird gefördert

Während die Verrechnungssteuer für uns normalen Leute auf den Sparbüchlein bestehen bleibt, soll sie für Obligationen-Grossanleger, dubiose Vermögensverwal-

ter und Oligarchen abgeschafft werden. Damit entsteht ein neues Steuerschlupfloch. Denn wer heute die entsprechenden Kapitalgewinne korrekt versteuert, erhält die Verrechnungssteuer zurückerstattet. Nur wer betrügt, bezahlt. Der Bundesrat schreibt dazu deutlich: «Die Verrechnungssteuer bezweckt in erster Linie die Eindämmung der Steuerrückzahlung.» Die Abschaffung dieses Sicherungsmechanismus ist deshalb unverständlich und gefährlich.

Die Eidgenössische Steuerverwaltung rechnet die finanziellen Auswirkungen der Vorlage klein.

Aber bei normalem Zinsniveau steigen die Ausfälle gemäss Bund auf jährlich 600 bis 800 Millionen Franken (siehe Kasten). Dafür wird die Bevölkerung aufkommen müssen – entweder über höhere Gebühren und Abgaben oder über einen Leistungsabbau.

Rund 480 Millionen Franken gehen ins Ausland

Die Befürworter behaupten, dass die Vorlage der Schweizer Wirtschaft helfe. Fakt ist aber: Mindestens 480 Millionen Franken fliessen gemäss Steuerverwaltung direkt ins Ausland ab – und zwar in die Taschen von Steuerkriminellen, Oligarchen und Grossanlegern. Bezahlen muss die Rechnung einmal mehr die Schweizer Bevölkerung. Das wollen wir unbedingt verhindern. Darum Nein zur Abschaffung der Verrechnungssteuer!

Nur Konzerne profitieren

0,03% aller Unternehmen erhalten neue Sonderrechte



■ Anteil Konzerne, die profitieren ■ Anteil KMU, die leer ausgehen

Steuerkriminalität fördern?

NEIN

zur Abschaffung der Verrechnungssteuer

SP

Bundesrat Maurer rechnet die Ausfälle schön

Wie hoch die Steuerausfälle bei einer Abschaffung der Verrechnungssteuer auf Obligationen ausfallen, hängt massgeblich vom mittelfristigen Zinsniveau ab. Schliesslich wird die Steuer auf die Zinserträge erhoben. Wenn die Zinsen steigen, fallen die Steuerausfälle deutlich höher aus. Die Steuerverwaltung (ESTV) geht bei ihren Berechnungen von einem mittelfristigen Zinsniveau von 1,5 % aus. Anders bei der Abschaffung des Eigenmietwerts, einer Vorlage, die aktuell in den Räten verhandelt wird: Hier rechnet die ESTV mit einem deutlich höheren Zinsniveau von 3,5 %. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt!

Dass der Bund mit unterschiedlichen Ellen misst und die Ausfälle nach Gutdünken unterschiedlich kalkuliert, grenzt an Irreführung. Bundesrat Maurer rechnet die Ausfälle seiner Steuerprojekte schön. Besonders brisant: Bei der Verrechnungssteuer handelt es sich um jährlich wiederkehrende Ausfälle von bis zu 800 Millionen. Steigen die Zinsen – und aktuell deutet einiges darauf hin –, steigen die Ausfälle. Das ist eine finanzpolitische Zeitbombe, die uns alle betreffen wird.



Patenschaft für die Kita-Initiative

Gute Kita-Plätze führen zu mehr Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Das ist dringend nötig. Heute übernehmen Frauen immer noch den Grossteil der familiären Care-Arbeit und müssen deshalb ganz oder teilweise ihren Job aufgeben. Alle Eltern sollen wählen können, wie sie ihre Kinder betreuen lassen möchten.

Werden Sie jetzt Gotte oder Götti für die Kita-Initiative. Setzen Sie sich bis zur Abstimmung ein mit einer regelmässigen Spende. Die Kita-Initiative fordert bezahlbare Kita-Plätze für alle und gute Arbeitsbedingungen für Kita-Angestellte.

Als Gotte oder Götti werden Sie zur wichtigen Stütze für die Kita-Initiative. Mit Ihrer regelmässigen Spende geben Sie uns wertvolle Planungssicherheit. Gemeinsam legen wir das nächste Puzzle-Stück für mehr Gleichstellung. Merci für Ihr Engagement und das Vertrauen!

Bei Fragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Regula-Sibylle Schweizer

Verantwortliche Patenschaften & Nachlassplanung bei der SP Schweiz

Jetzt Patenschaft abschliessen:

per Internet: gute-kitas.ch/patenschaft

per Telefon: 031 329 69 87

oder per E-Mail: regula.schweizer@spschweiz.ch

